bis die anderen eine ihnen genehme Regelung der Budgetfrage gefunden hätten.

Am Montagabend bat Pym dringend darum, die Verlängerung der Sanktionen als ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, denn schließlich gehe es um einen drängenden Termin. Er wurde beschieden, die Billigung der Agrarpreise sei ebenso fest terminiert, deshalb müsse zunächst über die Budgetfrage gesprochen werden.

Obwohl die neun Partner Londons deutlich gemacht hatten, das neue finanzielle Angebot sei zugleich ihr letztes, blieb Pym hart und hielt seine ablehnende Haltung vom Vorabend aufrecht.

Enttäuscht und verärgert wandte sich die Runde den Sanktionen zu. Statt der gewünschten Verlängerung um vier Wochen gestanden die Minister dürftige sieben Tage zu – und hielten sich so die Hand frei, nach einer englischen Falkland-Invasion vergleichsweise schnell von ihrem Boykott loszukommen.

Drei Länder blieben gar fern: Italien, weil 40 Prozent der Argentinier italienischer Herkunft sind, Irland, weil es sich durch die militärischen Operationen Londons im Südatlantik an Englands Missetaten in Irland erinnert fühlt; Dänemark, weil eine so weitgehende Entscheidung nicht unter Umgehung seines Parlaments gefällt werden könne.

Ein Bonner Diplomat hinterher: „Hätten sich die Briten in der Budgetfrage flexibler gezeigt und Kompromißbereitschaft angedeutet, dann hätten sie sicherlich die verlangten vier Wochen bekommen."

Am Dienstagvormittag schließlich mußten die Briten einsehen, daß eine entscheidende Prämisse ihres Pokers nicht mehr stimmte: Sie waren davon ausgegangen, die Franzosen würden das von ihnen selbst durchgesetzte Prinzip der Einstimmigkeit niemals durchbrechen und ein Mehrheitsvotum gegen den erklärten Willen eines anderen Mitglieds nicht durchgehen lassen.

Als die Briten ihren Fehler erkannten, war es bereits zu spät. Die Pariser Regierung war eher bereit, alte Regeln über Bord zu werfen, als sich weiter dem Druck ihrer Landwirte nach höheren Preisen auszusetzen.

Umgehend verlangte London die Einberufung eines Außenministerrates, der über das Abstimmungsverfahren entscheiden müsse. Doch in Luxemburg, wo nun wieder die Nato tagte, der das EG-Mitglied Irland nicht angehört, ließ Ratsvorsitzender Tindemans kühl verlauten, er habe sich unter seinen Kollegen umgehört: Ein solches Treffen sei nicht möglich und überdies nutzlos.

Der zweiten Abfuhr für die Briten folgte sogleich die dritte. Trotz heftiger Proteste des britischen Landwirtschaftsministers Walker verabschiedeten die Agrarminister Punkt um Punkt die Preisvorlage. Noch nie zuvor war Großbritannien oder eines der anderen Mitglieder in der Europäischen Gemeinschaft so behandelt worden.

Für London ist seit Dienstag der „Luxemburger Kompromiß" und damit das Vetorecht jedes Mitgliedslandes nicht mehr existent. Die Franzosen wollen es freilich weiter über die Runden retten.

Frankreichs Agrarministerin, die Mitterrand-Vertraute Edith Cresson, argumentierte in Brüssel: Bei der Agrarpreisentscheidung sei es nicht um vitale Interessen Großbritanniens gegangen; London habe diese Frage lediglich als Hebel benutzt, um seine Budgetziele durchzusetzen. Der normale Geschäftsgang der EG aber dürfe durch ein Veto nicht aufgehalten werden.

Erste erkennbare Folge: Künftig wird ein Mitgliedsland der Gemeinschaft nicht mehr allein bestimmen können, welches seine vitalen Interessen sind. Darüber entscheidet künftig die Mehrheit – das wäre ein Fortschritt auf dem Weg zur Einheit EG-Europas.

Es könnte aber auch sein, daß Londons Reaktion die EG noch in eine tiefe Krise stürzt, vor allem, wenn ein Erfolg gegen den Feind Argentinien die harte Margaret Thatcher noch härter gegen die Freunde in Europa macht.

Wie die Franzosen bangten auch die Deutschen um ihr geliebtes Veto: Im Bonner Kabinett zeigten sich Kanzler Schmidt sowie die Minister Apel und Lahnstein am Mittwoch besorgt darüber, daß das Prinzip der Einstimmigkeit aufgegeben würde.

Ihre Bedenken: Eines Tages könne auch die Bundesrepublik Opfer solcher Mehrheitsbeschlüsse sein und Bonn als einziger Netto-Zahler in der EG durch Beschluß der anderen zu erhöhten Zahlungen verpflichtet werden.

USA

Faust aus Samt

Ronald Reagan ist auf vorsichtigen Entspannungskurs eingeschwenkt – und prompt den Falken ins Visier geraten.

Das Zentralorgan des Kapitalismus beklagte das Ende der gerade erst angebrochenen Reagan-Epoche:

„Wir haben Senatoren", jammerte das „Wall Street Journal", „die sich für das Einfrieren der Nuklearwaffen einsetzen . . . wir haben Establishment-Figuren, die den Widerruf der Erstschlag-Doktrin fordern . . . und wir haben einen Präsidenten, der Verhandlungen über die Reduzierung von Atomwaffen vorschlägt", obwohl doch die Russen in Afghanistan „Giftgas gegen den einheimischen Widerstand einsetzen".



Sowjetischer Staatschef Breschnew: „Schritt in die richtige Richtung"

Der rechte Kolumnist William F. Buckley kreidet seinem Präsidenten an, daß er sich „ungeachtet der verstärkten Repression" in Polen mit Leonid Breschnew an einen Tisch setzen wolle. Seinem Kollegen Patrick J. Buchanan riecht das nach „Detente 2". Gesinnungsgenosse William Safire ärgert sich über des Präsidenten „Faust aus Samt im Handschuh aus Eisen". Der neokonservative Ideologe Norman Podhoretz empfindet über sein einstiges Idol Ronald Reagan nichts als „Enttäuschung, die an Verzweiflung grenzt".

Ronald Reagans Außenpolitik mag europäischen Kritikern noch immer kaltkriegerisch, falkenhaft oder unglaubwürdig erscheinen – amerikanische Rechte fühlen sich verraten, seit der Präsident vorletzte Woche in Eureka (Illinois) ver-



Amerikanischer Präsident Reagan: Die Treuesten der Treuen sind fassungslos

kündete, er sei zu Abrüstungsverhandlungen mit der Sowjet-Union bereit, und ein erstes US-Angebot machte.

Die Treuesten der Treuen sind fassungslos, weil Reagan dabei stillschweigend das sogenante Linkage aufgegeben hat: ernsthafte Abrüstungsgespräche nur als Belohnung für sowjetisches Wohlverhalten. Jetzt nämlich will Reagan trotz Afghanistan und Polen mit den Russen reden, jenen finsteren Widersachern, die er hinter allen Krisen dieser Welt gesehen hatte, und die – so der Präsident voriges Jahr – „lügen und betrügen" würden, um ihre Ziele durchzusetzen.

In Eureka aber bescheinigte Reagan dem „sowjetischen Volk und, ja, auch den sowjetischen Führern übergreifendes Interesse, die Anwendung von Nuklearwaffen zu verhindern". Für hartleibige Konservative brachen Welten zusammen.

Da war dann gar nicht wichtig, daß Reagans Abrüstungspolitik es den Moskauern nicht gerade einfach macht: Nach dem US-Vorschlag sollen vor allem die landgestützten interkontinentalen Atomraketen abgebaut werden – Stärke der UdSSR, die ihre Atommacht dann weitgehend auf seegestützte Träger umrüsten müßte. Auf dem Wasser wiederum liegen die USA vorn, wie auch im Luft-Bereich, für den der Reagan-Vorschlag keine Begrenzung vorsieht.

Sowjet-Präsident Breschnew warf denn auch letzten Dienstag auf dem Moskauer Komsomolzen-Kongreß seinem US-Kollegen wieder vor, die USA wollten „militärische Überlegenheit über die Sowjet-Union", strategische Waffen müßten in allen Bereichen eingefroren und vermindert werden. Doch daß Reagan nun verhandeln wolle, begrüßte der Sowjet-Chef als „Schritt in die richtige Richtung".

Reagan geht plötzlich in diese Richtung, weil im Frühling 1982 „Frieden populärer geworden ist als Anti-Sowjetismus" (so der „Christian Science Monitor"). Wichtigstes Indiz: Senator Edward Kennedy, der sich an die Spitze der amerikanischen „Freeze"-Bewegung gestellt hat, überholte im Mai zum erstenmal den Präsidenten. Nach einer Gallup-Umfrage erklärten 51 Prozent der Befragten, daß sie 1984 ihre Stimme Kennedy geben wollen, nur 45 Prozent wollen Reagan wählen. Der hatte im letzten Oktober noch mit 56 Prozent zu 35 Prozent vor Kennedy sicher geführt.

Der Druck der amerikanischen öffentlichen Meinung, urteilt David Linebaugh, einst führender Beamter der US-Abrüstungs-Behörde und heute Dozent an der Washingtoner Georgetown-Universität, „zwingt die Administration, Verhandlungen über strategische Atomwaffen zu beginnen, so wie die westeuropäische öffentliche Meinung die Eröffnung der Verhandlungen über Mittelstreckenwaffen im November in Genf erzwungen hat".

Verhandlungen statt Brandreden, Dialog statt Prinzipienreiterei – dieser Schwenk in der Außenpolitik war um so nötiger, seit im absurden Falkland-Krieg Engländer und Argentinier, beide mit den USA verbündet, aufeinander schießen und Gefahr droht, daß sich der Konflikt um die Inseln im Südatlantik ausweitet.

Der Krieg im Südatlantik gehört zu einer Kette peinlicher Betriebsunfälle von Reagans Außenpolitik, auf die Washington nicht vorbereitet war. Denn mit der – letztlich unvermeidlichen – Parteinahme der USA für die Briten ist die erstrebte Allianz mit Argentinien gegen linke Bewegungen in Mittelamerika in die Brüche gegangen. Von Castros Kuba bis zum rechts regierten Brasilien präsentieren sich nun Zentral- und Südamerika als Einheitsfront gegen die US-Gringos.

In Bedrängnis ist die Reagan-Regierung auch anderswo geraten:

- ▷ Waffenlieferungen an Taiwan kühlten das Verhältnis zu China ab, das sich vorsichtig wieder den Genossen in Moskau annähert, für Washington eine Schreckensvision.
- ▷ Eine erstrebte antisowjetische Allianz zwischen Israelis und gemäßigten Arabern unter Führung von Saudi-Arabien erwies sich als Fata Morgana.
- ▷ In Westeuropa erzeugten vor allem Scharfmacher-Reden der Reagan-Regierung eine Friedensbewegung mit neutralistischen und anti-amerikanischen Untertönen, die einen Vollzug des Nato-Nachrüstungsbeschlusses vom Dezember 1979 in Frage stellt, vorausgesetzt, daß er fällig werden sollte.

Ronald Reagan hat als Scharfmacher eine Vergangenheit. „20 Jahre lang", so Carters Vizepräsident Walter Mondale, „hat dieser Präsident jedes Abkommen zur Kontrolle von Nuklearwaffen bekämpft, das wir vorgeschlagen oder unterzeichnet haben. Er bekämpfte den Teststoppvertrag, Salt 1 und Salt 2, er

Neue Politik und neue Doktrin der Nato?

Die Abrüstungsvorschläge aus Amerika – radikaler als die der Europäer

Was der SPD-Fraktionsvize Horst Ehmke von einer Studienreise in die USA mitbrachte, ist Sprengstoff für den Nato-Gipfel am 10. Juni in Bonn, Sprengstoff auch für die eigene Partei: Das Atlantische Bündnis müsse, so Ehmke vergangene Woche, in eine „neue Strategie-Debatte" eintreten. Im Klartext: Die Nato solle ihre bisherige Verteidigungsdoktrin der nuklearen Abschreckung überdenken – das hatten Friedensfreunde auch am linken SPD-Rand bislang noch nicht zu denken gewagt.

Der Anstoß zur neuen Denkrunde über den atomaren Rüstungswahn geht eindeutig nicht von Europa, sondern den USA aus, die in Europas Friedensbewegung mitunter pauschal als rüstungsbesessen, wenn nicht gar kriegslüstern angesehen werden.

In Washington hatte Senator Edward Kennedy die Debatte eröffnet. Ausgehend von der unbestrittenen Tatsache, daß die USA und die Sowjet-Union mittlerweile ein Arsenal an Nuklearwaffen aufgebaut haben, das die Frage nach der relativen Überlegenheit der einen oder anderen Seite sinnlos macht, brachte Kennedy im Kongreß seine inzwischen berühmte „Freeze"-Resolution ein:

Die USA und die UdSSR sollen sofort alle Atomtests einstellen, jede weitere Produktion und Aufstellung von Nuklearwaffen stoppen. Erst nach diesem – kontrollierten – Schritt hätten, so Kennedy, Verhandlungen über einen schrittweisen Abbau der bestehenden Arsenale einen Sinn.

Mit seiner Forderung geht Kennedy weiter als die europäische Friedensbewegung, die vor allem den Nato-Doppelbeschluß im Visier hatte: Sie will keine neuen Atomwaffen auf europäischem Territorium, weil sie glaubt, Europa könne dann Schauplatz eines „begrenzten" Atomkriegs werden, wäre aber mit einer Stationierung auf See einverstanden. Kennedy dagegen versteht seinen „Freeze"-Appell global, unter Einbeziehung *aller* nuklearen Sprengköpfe.

Kurz nachdem Kennedy seinen „Freeze"-Vorschlag auch als Buch auf den Markt gebracht hatte, holten vier weitere, angesehene US-Politiker zu einem Schlag gegen die Verteidigungspolitik der Reagan-Administration wie der Nato insgesamt aus.

„Es ist an der Zeit, zu einer neuen (Nato-)Politik und -Doktrin zu kommen: daß nämlich keine Nuklearwaffen eingesetzt werden, solange der Gegner sie nicht als erster einsetzt", schrieben die vier in der angesehenen Zeitschrift „Foreign Affairs".

Diese eindeutige Absage an die bislang sakrosankte Nato-Doktrin, das Bündnis könne die klare sowjetische Überlegenheit bei einem Angriff mit konventionellen Waffen nur durch den Ersteinsatz von Atomwaffen ausgleichen, wirkt um so radikaler, als der Sprecher des Autorenkollektivs, Ex-Verteidigungsminister Robert McNamara, als einer der Väter dieser Doktrin gilt.



US-Rüstungsexperte Nunn
„Nato-Führung im Trancezustand"

Sein Vorschlag läßt Edward Kennedys „Freeze" weit hinter sich, weil er eine konsequente Rückkehr zur konventionellen Verteidigung in Europa vorsieht – und von Moskauer Zustimmung unabhängig ist. Die Autoren meinen, eine Stärkung der konventionellen Streitkräfte der Nato-Alliierten sei nicht nur eine glaubhaftere Abschreckung, sie trage vor allem zur Festigung des Bündnisses bei, da den Europäern das Trauma genommen werde, ihre Länder könnten zum Schlachtfeld in einem nuklearen Schlagabtausch der Supermächte werden, die ihre eigenen Territorien schonen möchten.

US-Außenminister Haig wies die Anti-Atom-Offensive seiner Kollegen scharf zurück: Was sie vorschlügen, bedeute für die USA, „die Wehrpflicht wieder einzuführen, die Streitkräfte auf das Dreifache zu vergrößern und eine Kriegswirtschaft zu schaffen" – und deshalb hat der Vierer-Vorschlag auch wenig Chancen: Die Nato, also auch die Europäer, müßte erheblich mehr für ihre Rüstung ausgeben, wozu sie teils nicht bereit, teils nicht in der Lage sind.

Kennedy lehnte – in einem SPIEGEL-Gespräch im April – den Verzicht auf jeden atomaren Ersteinsatz ab, „solange wir nicht konventionell in Westeuropa . . . ein ungefähres Gleichgewicht mit der Sowjet-Union erreicht haben".

Auf konventionelle Verteidigung der Nato setzt auch der demokratische Senator Sam Nunn, ein angesehener Rüstungsexperte im amerikanischen Kongreß. Auf eine Nuklear-Option mag er gleichwohl nicht verzichten. Als bislang jüngste Alternative zu Reagans kompromißloser Atomaufrüstung legte der Senator vorletzte Woche jene Abrüstungsgedanken vor, die besonders den Amerika-Besucher Ehmke beeindruckten.

Nunn meint, auf nuklearem Sektor habe die UdSSR mit den USA gleichgezogen, deshalb seien Atomwaffen keine wirkungsvolle Abschreckung mehr. Die Nato müsse vielmehr ihre konventionellen Streitkräfte unter Ausnutzung neuester Technologien modernisieren – nicht notwendigerweise vergrößern. Wenn das gelinge – und Nunn glaubt ebenso wie McNamara, daß es ohne unzumutbaren Finanzaufwand gelingen müsse –, könnten gar „mehrere tausend Gefechtsfeldwaffen" der Amerikaner aus Europa abgezogen werden.

Diesen Weg hält Nunn in seiner für den Senat verfaßten Studie für eine gangbare und glaubwürdige Verteidigungsstrategie, die nur von der politischen Nato-Führung noch nicht erkannt worden sei, da die sich in einem „Trancezustand" befinde.

Alle neuen amerikanischen Denkmodelle, von Kennedy bis Nunn, ignorieren, was den Bonner Kanzler Schmidt einst dazu geführt hatte, US-Mittelstreckenraketen für Europa zu verlangen: Die spezielle und gezielte Bedrohung Europas – nicht der USA – durch die modernen sowjetischen SS-20-Raketen, von denen Moskau inzwischen 300 gegen Westeuropa in Stellung gebracht hat.

Die Europäer werden insoweit durch die US-Vorschläge sozusagen an den Ausgangspunkt der Nachrüstungsdebatte – 1977 – zurückgeführt.

sagte zur Nichtweitergabe von Atomwaffen: „Das ist nicht unser Geschäft."

Doch während der Monate im Weißen Haus durchlebte Ronald Reagan offenbar jene Entwicklung, der nach Meinung des Harvard-Politologen Stanley Hoffmann jeder moderne US-Präsident unterworfen ist – er bewegt sich zur politischen Mitte hin.

Der als Abrüstungs-Idealist gewählte Jimmy Carter etwa mußte schließlich das Verteidigungsbudget drastisch erhöhen, und umgekehrt kann sich auch der als Rüstungs-Ideologe gewählte Ronald Reagan dem Ruf nach Rüstungskontrolle nicht entziehen. „Die Verantwortung der Macht", schrieb der liberale Publizist Anthony Lewis, einer der schärfsten Kritiker des Präsidenten, „hat Ronald Reagan verändert."

Dabei steht außer Zweifel, daß „Reagans Instinkte weiterhin auf Konfrontation stehen und er die Welt in Schwarz und Weiß sieht" (so ein Insider aus dem Weißen Haus). Doch lehrten ihn die Rückschläge in der Außenpolitik wie das überraschende Aufkommen einer Friedensbewegung zu Hause, daß ein Präsident nicht unbedingt seinen Instinkten folgen kann.

„Die Außenpolitik der Reagan-Administration", urteilt der „New York Times"-Ostexperte Leslie H. Gelb, unter Carter Berater im State Department, „hat sich von seinen Wurzeln im konservativen Flügel der Republikaner zum traditionellen Zentrum hin bewegt."

Tatsächlich entschied sich Reagan in den letzten Monaten – aller wilden Rhetorik zum Trotz – für gemäßigte Optionen: Gegen den Rat von Scharfmachern wie dem Verteidigungsminister Caspar Weinberger und der Uno-Botschafterin Jeane Kirkpatrick verzichtete er darauf, die westeuropäischen Verbündeten zum Stopp der sibirischen Erdgasleitung wie zur Bankrotterklärung Polens zu pressen.

„Das ist eine Regierung", protestierte der konservative Kolumnist George F. Will, „die Geschäfte mehr liebt, als daß sie den Kommunismus verabscheut." Im Falle Erdgas und Polenkredite gilt die Liebe mehr dem Fortbestand des Nato-Bündnisses. Außenminister Alexander Haig konnte den Präsidenten von der übergeordneten Bedeutung der Allianz überzeugen.

Seit dem Ausscheiden des rechten Ideologen und Haig-Feindes Richard V. Allen hat Haig einen einflußreichen Verbündeten im Weißen Haus: den neuen Sicherheitsberater William G. Clark. Der Richter aus Kalifornien, der bei seiner Anhörung nach der Berufung zum stellvertretenden Außenminister weltberühmt wurde, weil er die Namen der Premiers von Südafrika und Simbabwe nicht kannte, hat sich in seiner neunmonatigen Lehrzeit im State Department als Pragmatiker erwiesen.

Der Bonner Verkehrsminister Volker Hauff war nach einem Treffen mit dem Sicherheitsberater begeistert: „Judge Clark hat schnell gelernt, und mit dem Mann kann man sicher gut arbeiten." Hauff machte keine Anzeichen von kalifornischer Provinzialität oder rechtsideologischer Einfärbung aus.

Auf seiner Europa-Reise im kommenden Monat will der Präsident demonstrieren, daß er selbst keineswegs der Rechtsideologe ist, als den ihn viele sehen. Der Alten Welt soll die Furcht genommen werden vor dem „Karikatur-Amerika . . . des ewig gefährlichen, ewig infantilen, überbewaffneten Giganten", so das New Yorker Massenblatt „Daily News". Die Präsidentenrede von Eureka war der Anfang einer solchen Kampagne.

IRAK/IRAN

Schlinge zu

Die fanatischen Kämpfer des Ajatollah sind auf dem Vormarsch, die Iraker stehen knapp vor der Niederlage.

Wenn es Nacht wird, kommen die Perser.

Im Schutz der Dunkelheit schleichen sich iranische Infanteristen hinter die Linien der Iraker. Die Aufgabe dieser Stoßtrupps ist es, irakische Kommandozentralen zu zerstören, Nachschublinien zu unterbrechen.



Iraner auf zurückeroberter Radarstation: Krieg mit Koran und Gewehr

„Zum ersten Mal, soweit man sich erinnert", schreibt die Kolumnistin Mary McGrory, „hat Reagan da etwas Positives über die Sowjets gesagt." Mit dem näherrückenden Abreisetermin zum Weltwirtschaftsgipfel am 4. Juni in Versailles und zum Natogipfel am 10. Juni in Bonn sei ihm wohl aufgegangen, daß man dem US-Präsidenten ernsthafte Verhandlungsabsichten nicht abnehmen würde, wenn er immer nur den bösen Charakter von ausländischen Politikern anprangere, mit denen er sprechen wolle.

Für solche Gespräche ist eine Mehrheit der US-Bevölkerung, und im notorisch optimistischen Amerika keimt schon Hoffnung auf ein Ergebnis. „Eine Welt, die unter der drohenden Wolke der nuklearen Ausrottung gelebt hat", leitartikelt die konservative „Daily News", „mag am Rande eines historischen Durchbruchs stehen."

Wenn dann der Morgen dämmert, finden sich die Iraker zwischen zwei Fronten: Von hinten greifen die während der Nacht eingesickerten Iraner an, von vorn kommen iranische Kampfhubschrauber, nehmen iranische Geschütze die Stellungen des Gegners unter Feuer.

Von allem Nachschub abgeschnitten, können die Iraker ihre Verluste an Menschen und Material dann nicht ersetzen, kämpfen sie auf verlorenem Posten. Diese Taktik wendeten die Iraner zum ersten Mal im März an bei ihrer Offensive „Fatah" (Sieg), seitdem immer wieder und stets erfolgreich.

Zum Erstaunen amerikanischer Militärexperten haben es die Iraker nicht vermocht, dieser simplen Taktik wirkungsvoll zu begegnen.

Der Kriegslage gewachsen zeigen sich heute nur noch Bagdads Propagandisten. „Der Feind erleidet gerade eine grausa-